

Bündnis: Bosch soll Druck spüren

Damit Buderus-Wohnungen nach Verkauf bezahlbar bleiben, planen Mieter Aktionen mit DGB, SPD und Mieterbund

Von Steffen Gross

WETZLAR. Die Furcht vor einem möglichen Wohnungsverlust ist mehr als spürbar, als sich am Donnerstagabend mehr als 50 Wetzlarer Mieter von Buderus-Wohnungen im Nachbarschaftszentrum Niedergirmes versammelten. Eingeladen zur Versammlung hat das Aktionsbündnis aus Gewerkschaftsbund (DGB), Mieterverein und SPD Wetzlar.

Auslöser für Sorgen, Angst und bei manchem auch Wut ist, dass der Bosch-Konzern seine Immobilien-Tochter Buderus Immobilien verkaufen will und mit ihr mehr als 1000 bezahlbare, frühere Werkswohnungen: 633 in Wetzlar, 204 in Lollar und weitere an kleineren ehemaligen Buderus-Standorten. Alles in einem Paket. Das Bieterverfahren wurde im Juli gestartet, bis zum Jahresende soll der neue Eigentümer feststehen.

Bietergemeinschaft mit den Kreisen Lahn-Dill und Gießen

Dass die versammelten Bewohner aus der Bredow-Siedlung, dem Bannviertel, dem Gebiet rund um die Eisenstraße in Niedergirmes und den weiteren Quartieren erst am vergangenen Samstag per Brief erstmals offiziell durch Buderus Immobilien vom geplanten Verkauf unterrichtet wurden, hebt die Stimmung im Saal nicht. Ein über 30 Jahre bei Buderus beschäftigter Mieter hält das für symptomatisch für die Informationspolitik, die man seit Jahrzehnten von dem Unternehmen kenne. Die von einem anderen Mieter weitergegebene Information, wonach ein „Versteigerungstermin“ schon in der kommenden Woche anstehe, erhöht den Druck zusätzlich, stellt sich jedoch am Tag drauf durch Nachfrage bei Bosch als falsch heraus. Weiterhin gelte das Ziel Jahresende, versicherte Sprecher Thomas Pelizaesus gegenüber dieser Zeitung. „Oberstes Ziel ist es, dass Ihre Wohnungen bezahlbar

bleiben“, brachte DGB-Organisationssekretär Robin Masstronardi die Stoßrichtung des Bündnisses auf den Punkt. Zu gewährleisten sei dies nur in dem Fall, dass die Wohnungen in kommunale oder gemeinnützige Hand wechseln und keinesfalls per Höchstgebot an Spekulanten und Miethaien gehen. Erschwert bis unmöglich gemacht werde das jedoch durch den Umstand, dass Bosch darauf poche, alle 1000 Wohnungen im Paket zu veräußern. Damit würden kommunale Wohngesellschaften vom potenziellen Käuferkreis ausgeschlossen.

Die Lösung könne ein Konsortium sein, eine kommunale

Bietergemeinschaft beispielsweise der beiden betroffenen Landkreise Lahn-Dill und Gießen, die sich gemeinsam der Verantwortung zum Erhalt bezahlbaren Wohnraums stellen. Als weitere Lösung nannte der Vorsitzende des Mieterbunds Wetzlar und Lahn-Dill-Kreis, Willibald Schlagbaum, eine Konzeptvergabe, bei der in den Notarverträgen den aktuellen Mietern lebenslanges Wohnrecht eingeräumt wird. Auch ein „Mietdeckel“, orientiert am Einkommen des Mieters, sei möglich. Als „ziemliche Katastrophe“, bezeichnete es Schlagbaum, sollten die Wohnungen an renditeorientierte Großkon-

zerne wie die Deutsche Annington, Deutsche Wohnen oder Vonovia gehen. Luxussanierungen, die Filettierung in Eigentumswohnungen und massive Mieterhöhungen – die Erfahrungen der Vergangenheit beim Verkauf der Werkswohnungen von Höchst, Deutsche Bahn oder Post hätten gezeigt, wohin das führen kann.

„Kauf bricht nicht Miete“ – auf diesen Gesetzesgrundsatz verwies der Mietervereinsvorsitzende mehrfach. Selbst für den Fall, dass Häuser in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollten, trete eine Kündungssperre von drei Jahren ein. Schlagbaum er-

mahnnte die versammelten Mieter deshalb, unter keinen Umständen neue Verträge zu unterschreiben, um diese Rechte nicht zu verlieren.

Der DGB-Regionsgeschäftsführer Matthias Körner erklärte, die Robert Bosch GmbH müsse sich an ihren eigenen hohen ethischen Ansprüchen messen lassen. Und davon überzeugt werden, dass ein Imageschaden bei Verkauf an Spekulanten den Konzern teurer kommt, als der Verzicht auf einen Teil des Gewinns.

Unterschriften, Infostände und weitere Mitstreiter

Bosch hatte den geplanten Verkauf damit begründet, dass das Vermieten, Verwalten und Entwickeln von Immobilien nicht mehr unternehmensrelevant sei. Die ehemaligen Werkswohnungen, seit mehr als 15 Jahren ist die Buderus Immobilien GmbH am freien Markt tätig, würden noch zu weniger als einem Drittel von ehemaligen oder aktiven Buderus- beziehungsweise Bosch-Thermotechnik-Mitarbeitern bewohnt.

Die Ortsvereinsvorsitzende der SPD Wetzlar, Ulrike Göttlicher-Göbel, auf deren Initiative die Bündnisgründung zurückgeht, machte deutlich, dass es öffentlichen Druck brauche; die bezahlbaren Wohnungen dürften nicht verloren gehen. Kämpferisch gab sich Berthold Burzel, der 46 Jahre lang bei der Buderus AG beschäftigt war, davon als Arbeitnehmervertreter. Man müsse zusammenhalten, es müsse den Bosch-Verantwortlichen „weh tun“, sonst passiere nichts, sagte Burzel.

Schließlich verabredeten sich die Versammelten darauf, weitere Mitstreiter zu werben, darunter möglichst alle demokratischen Parteien der Stadt. So schnell wie möglich soll eine Unterschriftensammlung gestartet werden, an Infoständen in der Wetzlarer Innenstadt soll über Gefahren auch für den Gesamtwohnungsmarkt aufgeklärt werden.



Die Sorge um ihre Wohnungen schweißte die mehr als 50 Mieter zusammen, die sich am Donnerstagabend in Niedergirmes auf gemeinsame Aktionen verständigt haben. Foto: Steffen Gross

ÜBERNAHME DURCH NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE ALS LÖSUNG?

► Per Rundbrief hat Buderus Immobilien seinen Mietern mitgeteilt: „Ihre Mietverträge bleiben unberührt von einem Verkauf der Buderus Immobilien GmbH und damit unverändert bestehen.“ Bei der Auswahl des Bieterkreises habe Bosch sozialverträgliche Kriterien angelegt und kontrolliert, wie die Bieter in der Vergangenheit mit Mietern um-

gegangen sind, erklärt Sprecher Thomas Pelizaesus und fügt hinzu: „Wir brauchen etwas Vertrauen.“

► Zum laufenden Verfahren werden keine weiteren Angaben gemacht. Kommende Woche Freitag soll es zum Gespräch mit Bündnisvertretern kommen.

► Unterdessen haben sich auch Jan Schalauske, wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion „Die

Linke“ im hessischen Landtag, und Hermann Schaus, Abgeordneter aus Wetzlar, eingeschaltet. Sie plädieren dafür, dass die Nassauische Heimstätte als landeseigenes Wohnungsunternehmen die Werkswohnungen komplett übernimmt. Nur so könne verhindert werden, dass „große, profitorientierte Player“ zum Zuge kommen.